

Schießt FPÖ ins Abseits!

Meinungsumfragen sprechen von einem Minus von rund sechs Prozentpunkten. Selbst Haider und sein Generalsekretär Westenthaler geben zu, daß sich die Partei in einer tiefen Krise befindet. An der Wiege des F-Erfolgs stand unter anderem der AKH-Skandal. Jetzt sind Haider, Gratzner, Rosenstingl und Co. in eine Affäre verstrickt die den damaligen Skandal in den finanziellen Ausmaßen übertrifft.

von John Evers
SOV Wien Mitte **FPÖ: Im Inneren
faul und morsch**

Praktisch die gesamte Führungsriege der FPÖ-Niederösterreich mußte geschlossen zurücktreten. Wenn es nach Haider geht sollen die FPÖ-NÖ Mandatäre einen Schuldenberg von 53 Millionen bezahlen. Das ist ein Garantieschein für weitere Rücktritte und Turbulenzen.

Der FPÖ steht das Wasser bis zum Hals

Ein kurzer Rückblick auf die letzten Monate zeigt, daß der Fall Rosenstingl kein Blitzschlag aus heiterem Himmel war: Haider drohte mehrmals mit Rücktritt, der Kärntner FPÖ-Chef Grasser stand kurz vor dem Ende seiner Karriere, in fast allen wichtigen Landesorganisationen krachte es gewaltig (z.B. Oberösterreich, Vorarlberg). In Salzburg wurde die gesamte Landesgruppe per Dekret vom Bundessekretariat aufgelöst. Der Rosenstingl-Skandal hat die Schraube in der FPÖ-Krise nur weiter gedreht. Kein Ende ist in Sicht: Der Wiener FPÖ-Gemeinderat Stix wurde wegen einer einzigen kritischen Wortmeldung - ohne Anhörung - sofort ausgeschlossen. Die FPÖ löst sich Mitte Juni formell sogar auf und gründet sich "neu".

Gemessen an ihrer Wählerschaft verfügt die FPÖ nur über eine äußerst dünne Parteibasis. Nur 40.000 Menschen besitzen ein blaues „Parteibüchle“ - nicht mehr als zu einer Zeit, als die FPÖ noch bei fünf Prozent lag. Zusätzlich wurden hunderte langgediente Funktionäre von Haider und Co. aus der Partei gedrängt - mit dem Effekt das heute praktisch jeder, der aktiv bei der FPÖ arbeitet, sofort etwas wird. Solche Aussichten wirken wie ein Magnet auf Karrieristen und dubiose Gestalten. Rosenstingl selbst wurde 1990 Gemeinderat in Gießhübl, aber

nach dem FPÖ-Sieg bei den Nationalratswahlen im selben Jahr (!) sofort Abgeordneter. „Garniert“ mit diversen Rechtsextremen ist diese FPÖ-Funktionärschicht immer wieder für Skandale und gut.

Durch haltliche Wendungen sind Haider und seine engste Führungsriege keinesfalls ein beruhigendes Element. Egal mit welchen diktatorischen Methoden auch versucht wird, die internen Probleme zu befrieden.

Zwischen Futtertrögen und rechtsextremer "Opposition"

Die FPÖ-Führung und Funktionäre sind momentan völlig orientierungslos. Die Partei wuchs jahrelang einzig und allein durch den Unmut und Protest gegen die Regierungspolitik: Privatisierung, steigende Arbeitslosigkeit, EU-Lügen, Sparpakete und diverse Skandale waren der Boden auf dem die FPÖ das Blaue vom Himmel versprechen konnte.

In der Realität hat sich die FPÖ freilich nur wenig von den anderen Parteien unterschieden: Auch sie kassierte fleißig Parteisubventionen aus Steuergeldern und Kammerumlagen - mit denen Rosenstingl & Co. spekulierten. Oder sammelte Spitzenverdiener (wie Porschefahrer Haider) und Multifunktionäre (z.B. Herrn Gaugg) an.

Durch ihre fortlaufenden Wahlsiege schien sich die Partei Mitte der 90er Jahre eine zeitlang so etwas wie eine Stammwählerschaft aufzubauen. Damit einher ging eine weniger flatterhafte politische Positionierung - unerlässlich dafür um für's Kapital berechenbar und damit regierungsfähig zu werden. Diese Entwicklung hat in den letzten Wochen und Monaten einen deutlichen Rückschlag erhalten.

Die große Koalition hat die Brocken Sparpakete, Pensionsreform ... durchgebracht und sich damit für die Mächten als derzeit tauglichste Regierungsform erwiesen.

Gleichzeitig sinkt sie - vor allem die ÖVP - nicht mehr in der Wählergunst. Die FPÖler tut sich momentan unendlich schwer sich zu positionieren. Sie kann sich nicht entscheiden ob sie staatstragend oder als rechtsextreme Fundamentalisten auftreten sollen. So oder so, Haider's Ziel nächstes Jahr Kanzler zu werden erschien in den letzten Monaten von Tag zu Tag irrealer. Das in einer sol-

chen Situation vieles von dem, was sich unter der FPÖ-Oberfläche angestaut hat hervorbricht, ist eigentlich nicht verwunderlich.

Ist die



FPÖ erledigt? Leider noch nicht!

Die FPÖ hat sich selbst die Schlinge um den Hals gelegt, aber niemand zieht sie zu. Im Gegenteil, just in dieser Situation macht z.B. die Wiener SPÖ gemeinsame Sache mit der FPÖ wie noch nie: Gemeinsam von SP und FP wurde der Leiter des Integrationsfonds Max Koch "abgeschossen". Meinungsumfragen zeigen, daß die Krise der FPÖ - durchaus zurecht - nichts an der Ablehnung der Regierung ändert. Letztlich ist zu erwarten, daß die Verdrossenheit über die gesamte politische Kaste weiter steigt.

Die FPÖ kann in Zukunft als Protestpartei durchaus weiter punkten. Die kommenden Monate und Jahre werden wirtschaftliche Rezession, steigende Arbeitslosigkeit und neue Sparpakete bringen. Damit wird auch der Raum für rechtsextreme und rechtspopulistische Kräfte wieder größer. Diese müssen allerdings zukünftig nicht ausschließlich Haider (sondern z.B. auch Lugner) heißen.

Für eine echte Alternative zu Korruption und Sozialabbau!

Die Krise der FPÖ zeigt uns drei Dinge: Erstens, daß diese Partei genauso schmutzige Hände hat wie andere. Zweitens, daß die FPÖ nicht unbesiegbar ist. Drittens, daß es keine politische Kraft gibt, die in der Lage ist der FPÖ den Rest zu geben. Die Grünen z.B. haben am Höhepunkt der Rosenstinglkrise nichts besseres zu tun gehabt, als ihr Öko-Steuer-System zu präsentieren. Nicht nur, daß die grüne Steuerreform das große Kapital ungeschoren läßt. Es zeigt sich durch diese Vorgangsweise auch, wie weit sich die Grünen, von den Dingen die die Menschen bewegen, entfernt haben.

Die SOV hingegen kämpft nicht nur gegen Sozialabbau und Rassismus und für die Enteignung der großen Bonzen und Kapitalisten. Wir kämpfen auch für eine echte demokratische und transparente Gesellschaft - in der Funktionäre ständig wähl und abwählbar sind und nicht mehr als einen durchschnittliche/r Arbeiter/in verdienen. Wir nennen eine solche Gesellschaft Sozialismus.

Aus dem Inhalt:

**Seite 2
Sparpaket III**

**Seite 3
Post**

**Seite 4/5
Indonesien:
Die Revolution hat
begonnen!**

**Seite 6
Das Geschäft mit der
Fußball-WM**

**Seite 7
Wahlen Ungarn**

Der Standpunkt

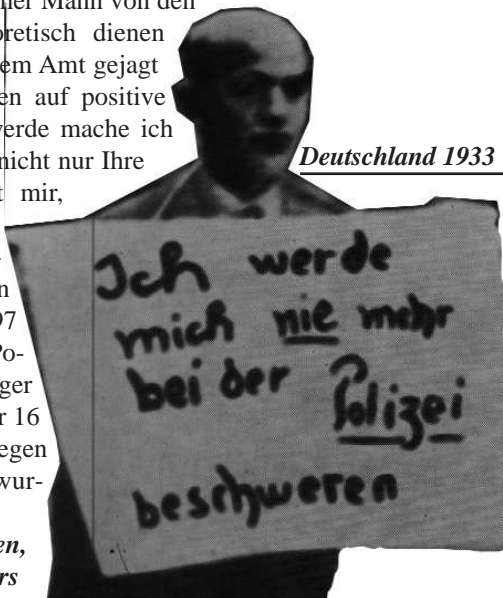
Sehr geehrter Herr Innenminister!

Ich führe hiermit gegen Ihren Polizeibeamten und FPÖ-„Gewerkschafts“-Funktionär Josef Kleindienst Beschwerde. Herr Kleindienst hat - laut Medienberichterstattung - gedroht, jeder/m, die/der sich über die Polizei beschwert, ungeprüft eine Verleumdungsklage anzuhängen.

Da ich manchmal an Demonstrationen teilnehme und dort des Öfteren Zeuge von gewalttätigen Polizeieinsätzen gegen DemonstrantInnen wurde, bin ich durchaus gefährdet, mich hin und wieder über die Polizei beschweren zu müssen (und dabei, wie in der Vergangenheit, zumindestens teilweise Recht zu bekommen). Herr Kleindienst hat mir via Medien empfohlen, in solchen Fällen ab jetzt so ca. öS 200.000,- einzustecken. Da ich darüber nicht verfüge, frage ich mich, was das nun für mich bedeutet. Darf man sich bei Ihnen nur mehr beschweren, wenn man Haider, Rosenstingel, Gratzner... heißt - also über ein entsprechendes Einkommen verfügt?

Leute wie Herr Kleindienst haben das Recht, anderen Menschen mit (Waffen-)Gewalt zu begegnen. Herr Polizist Kleindienst versteht seinen Job offensichtlich dahingehend, daß ihm zur Verfügung gestellte Machtmittel in erster Linie zum Einsatz gegen meine Grundrechte, lästige Anfragen und Beschwerden an Sie da sind. In einer tatsächlich demokratischen Gesellschaft würde ein solcher Mann von den Menschen, denen er theoretisch dienen sollte - also z.B mir - aus dem Amt gejagt werden können. Hoffnungen auf positive Erledigung meiner Beschwerde mache ich mir allerdings nicht. Denn nicht nur Ihre AusländerInnenpolitik zeigt mir, daß Sie eigentlich ohnehin auf der Linie von Kleindienst & Co. sind, sondern auch die Tatsache, daß 1997 von 321 Anzeigen wegen Polizeiübergreifen kein einziger Exekutivbeamter, wohl aber 16 BeschwerdeführerInnen wegen Verleumdung, verurteilt wurden.

Mit besorgten Grüßen,
John Evers



Sparpaket III

Sparpaket unter anderem Namen

Wann kommt Sparpaket Nr. 3? Die Sozialpolitik der Bundesregierung hat seit den Sparpaketen den Kurs des Sozialabbaus nicht verlassen. Die österreichische Bundesregierung hat gegen das Zustandekommen des MAI (Multilateral Agreement on Investigations (Vorwärts berichtete) nichts getan. Sie hat den „Stabilitätspakt“ der Währungsunion in der EU angenommen, der zu einem „nahezu ausgeglichenen Haushalt“ verpflichtet. Und das zeichnet die künftige Politik schon vor.

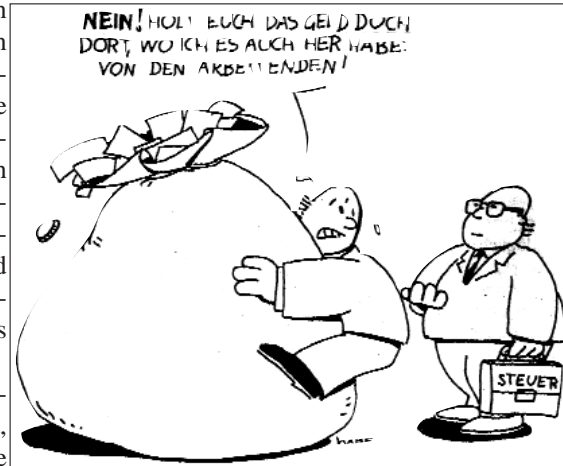
von David Mum,
SOV Wien Süd

Denn dieser Pakt zwingt künftig zu Strafbudgeten, wenn Staaten in der Währungsunion mehr als ein 3 %iges Budgetdefizit aufweisen - ein Szenario, von dem die OECD bei der kleinsten Konjunkturlaute ausgeht. Zusätzlich ist eine Steuerreform zu erwarten, die wahrscheinlich die Spitzensteuersätze weiter senkt und Vermögen weiter entlastet - fehlendes Geld, das dann woanders aufgebracht werden muß.

Andreas Khol hat weitere Sozialkürzungen schon angekündigt, als er meinte: „Wir müssen die Leute aus des sozialen Hängematte herausholen. Der Mittelstand möchte nicht weiter die arbeitsunwilligen Arbeitslosen durchfüttern.“

Die Budgetsanierung soll also weiter im Sozialbereich, auf Kosten der sozial Schwachen über den Weg der Ausgrenzung, vollzogen werden. Das Ziel, die Zahl der Arbeitslosen

zu halbieren (Nationaler Beschäftigungspakt) wird auf deren Rücken vollzogen: So haben NotstandshilfebezieherInnen, also Menschen, die



von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, keinen Berufsschutz mehr und auch die Zumutbarkeitsbestimmungen für SozialhilfeempfängerInnen werden schon in manchen Bundesländern verschärft.

Man geht also den amerikanischen Weg der „Bekämpfung“ der Arbeitslosigkeit über die Bekämpfung der

Arbeitslosen. Nicht Arbeitszeitverkürzung oder aktive Arbeitsmarktpolitik, sondern mehr Jobs durch geringere Bezahlung heißt das „neue“ Motto. Im Vorjahr wurden vielen Beschäftigungsprojekten das Budget massiv reduziert. Das Imageprojekt „Lehrlingspaket“ wurde mit 1,1 Milliarden Schillingen voll aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung finanziert, die jetzt an anderer Stelle fehlen.

Die 18 Millionen offiziell Beschäftigungslosen in der EU können jedenfalls nicht auf Verbesserung hoffen. Die EU-Konferenzen führen zu Lippenbekenntnissen oder weiteren Angriffen unter Schlagwörtern wie „Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte“. Und der EGB (Europäische Gewerkschaftsbund) begrüßt ein „Sozialpolitisches Aktionsprogramm der EU-Kommission“, als „strategisches Signal für politische Aktionen“.

Während der EU-Präsidentschaft Österreichs muß daher die Linke und die Beschäftigungslosenbewegung insbesondere gegen die auch von Österreich mitgetragene Politik des Sozialdumpings und verschärften Attacken auf die „Arbeitslosen“ öffentlich mobil machen.

AZV-Kampagne

Wiener SPÖ-Frauen

Arbeitszeit verkürzen!

von Nicole Huy-Precht
SOV Wien SÜD

Seit März '98 läuft unsere Kampagne zur Verkürzung der Arbeitszeit. Es werden Unterschriftskarten mit verschiedenen Forderungen (6 Stundentag/30 Stundenwoche bei vollem Lohn, Verkürzung der Lebensarbeitszeit und gegen Sonntagsarbeit), bei unseren wöchentlich an zentralen Plätzen Wiens stattfindenden Kungebungen, gesammelt. Diese werden wir am Ende des Jahres dem Sozialministerium übergeben.

Arbeitslosigkeit ist ein Thema das viele Menschen beschäftigt. Bei den Infotischen entstehen oft kontroverielle Diskussionen. Die meisten der PassantenInnen stimmen mit uns überein, daß etwas getan werden muß. Dennoch treffen unsere Vorschläge auch auf Widerstand, da sie für zu utopisch gehalten werden. Bei einem SOV-Seminar zu diesem Thema haben wir uns deshalb auch „theoretisch fit“ gemacht. Denn es ist bewiesen, daß eine 35-Stundenwoche nicht mehr ausreicht um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Tatsächlich fehlt es nur am politischen Willen der sogenannten ArbeitnehmerInnenvertretung. Daran kann nur permanenter Druck von unten etwas ändern. Unsere Arbeitszeitverkürzungskampagne ist der erste Schritt. Weitere werden folgen.

„Frau mit Kind macht Karriere! OK“

So lautet der Titel einer neuen „Aktion“ der Wiener SPÖ-Frauen, die bei ihrer zu einer „Enquete“ umgemodelten Konferenz vorgestellt wurde. Der Herr Bürgermeister war auch gekommen, sprach Grußworte und übernahm - ach wie lieb - für ein Zeiterl die Kinderbetreuung.

von Claudia Sorger,
SOV-Frauenstammtisch

Die Forderungen der SPÖ-Frauen: Flexible Öffnungszeiten für Kindergärten, Betriebskindergärten, Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Beruf, Teilzeitarbeitsmodelle und Partnerschaft in Haushalt und Fami-

lie. Im Moment heißt Teilzeitarbeit für Frauen schlecht bezahlte Jobs und geringe soziale Absicherung ohne finanzielle Eigenständigkeit. Für viele Frauen ist es trotz dieser Nachteile im Moment die einzige Möglichkeit, Kind und Beruf zu vereinbaren. In der Realität bedeutet das eine extreme Be- und Überlastung

Wie die Obdachlosenzeitung Augustin berichtet, verweigerte Finanzstadträtin Ederer - sie machte sich unlängst auch für Gen-Technik stark - das Aufstellen von Sitzbänken im Passagenbereich des U- und S-Bahnbereichs Spittelau, „...neben wirtschaftlichen Gründen auch aus der Gefahr heraus, daß diese sofort von einigen Wenigen okkupiert werden und damit wieder nicht den (potentiellen) Kunden der Wiener Linien zur Verfügung stehen.“ Obdachlose gehören anscheinend nicht ins Stadtbild der SPÖ in „unserem Wien“ und wenn es sie schon gibt, dann sollen sie möglichst unsichtbar bleiben.



mit (oft flexiblen) Arbeitszeiten, Haushalt und Kinderbetreuung. Flexible Öffnungszeiten von Kindergärten wären in diesem Zusammenhang eine noch optimalere Anpassung von Frauen mit Kindern an die Bedürfnisse der Wirtschaft und gehen am Kern des Problems vorbei.

Der europäische Vergleich zeigt außerdem, daß überall dort, wo Frauen Teilzeitarbeit angeboten bekommen (was für den jeweiligen Staat eine gute Möglichkeit ist, sich der Verantwortung für Kinderbetreuungseinrichtungen zu entziehen), partnerschaftliche Aufteilung der Hausarbeit kaum vorkommt. Das Bild der Frau als „Mitverdienerin“ und Hausfrau wird so verfestigt. „Natürlich“ fordern die SPÖ-Frauen „attraktive“ Teilzeitarbeitsmodelle. Aber ein Mindestlohn für Teilzeitarbeit und Absicherung der Altersversorgung (finanzielle Eigenständigkeit!) kommt nicht zur Sprache.

Die entscheidende Frage ist, was die SPÖ-Frauen eigentlich dafür tun, um ihre Forderungen in ihrer eigenen Partei durchzusetzen und was tun sie, wenn Beschlüsse durchgesetzt werden, die Rückschritte für Frauenanliegen bedeuten. Als die SPÖ Sparpakete zu Lasten der Frauen beschlossen hat, da war es Martina Ludwig (SPÖ-Frauensekretärin), die die Verkürzung der Karenzzeit (mit einer eindeutigen Diskriminierung für Alleinerziehende) als Fortschritt für die berufliche Karriere der Frauen propagierte. Was bietet sie jetzt Frauen an, die nach eineinhalb Jahren ohne Kinderbetreuungsplatz



Frauen (?) Stadträtin Brauner

keinen Job annehmen können und plötzlich ohne Karenzgeld durchkommen müssen?

Wo sind die Arbeitsplätze für Frauen, für die „attraktiven Teilzeitmodelle“ und für den beruflichen Wiedereinstieg?

Was bei der Enquete nicht erwähnt wurde:

Schon jetzt ist kein Geld mehr für Arbeitsmarktpolitik im Budget dieses Jahres vorgesehen, den Beratungsstellen für arbeitslose Frauen wurde das Geld gestrichen und die SPÖ jubelt das gekürzte Budget.

Und die SPÖ-Frauen sagen OK.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV),
1070 Wien; Kaiserstr. 14/11
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Personalabbau bei der Post

Dem Postfuchs wird die Gans gestohlen

Mitte letzten Jahres wurde die Postholding PTBG gegründet, die unterstehen die PTA mit ihrer Tochtergesellschaft, der Telekom AG, sowie Teile der PSK und deren Tochtergesellschaften. Für die Bediensteten gibt es nichts als rollende Angriffe: Personalabbau, Zusammenlegung von verschiedenen Arbeitsbereichen, sprich: erhebliche Mehrarbeit fürs gleiche Geld.

Von Romana Felix,
SOV Wien West

Die PTBG löste die alte PTV ab, übernahm deren Schulden und ist nun fleißig bemüht, diese abzubauen. Als Gegenwert erhielt die PTBG die Aktien der PTA. Ein Teil der hohen Schulden (50 Milliarden) konnte durch den Teilverkauf der Mobilkom (25% der Aktien) abgebaut werden. Dieser Deal brachte 9 Milliarden ein. Die weitere Entschuldung soll durch Betriebsgewinnung, etwa Zinsendienst für die PTA und PTBG vor sich gehen. Ob die Entschuldungsmaßnahmen „keinerlei Auswirkungen auf das Personal“ haben werden, wie uns Personalobmann Kollege Fritz im *Vorwärts*-Interview erklärte, wird die Zukunft zeigen, darf aber bezweifelt werden. Denn mit 1.5.1998 wurde die PTA aus dem Budget ausgegliedert. Dies bedeutet für die Post, daß nun von ihr erwirtschaftete Gewinne nicht mehr zur Budgetsanierung herangezogen werden können.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Post zu garantieren, werden in den nächsten Jahren umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Bis 2001 sollen mehr als 5.000 MitarbeiterInnen ab-

gebaut werden.

Das sogenannte „Schalterkonzept“ soll bis 1999 umgesetzt werden. Ab diesem Zeitpunkt sollen Gesamtschalter eingeführt werden. Briefauf- und -abgabe soll dann nicht mehr vom Geldverkehr getrennt sein und auch die Paketannahme wird an ein und demselben Schalter möglich sein. Dies bedeutet nicht nur Personalabbau, sondern auch beträchtliche Mehrarbeit. Das „Briefkonzept“ soll ab dem Jahr 2000 greifen. Hierbei soll die Vorsortierung, welche die Zusteller getätigt haben, maschinell geschehen.

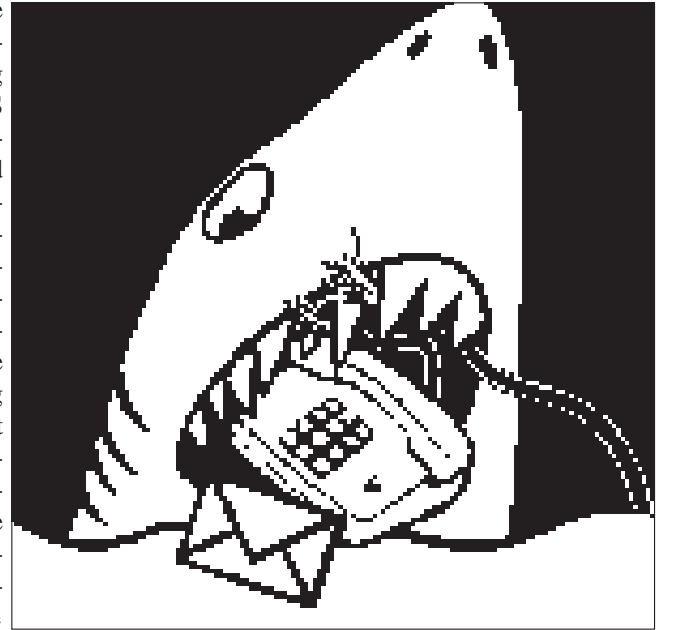
Das bedeutet aber keine Arbeitserleichterung für die Betroffenen, wie gutgläubige Gemüter vielleicht vermuten werden. Im Gegenzug sollen nämlich Zustellbezirke zusammengelegt werden. Die Folgen sind wiederum Personalabbau und Mehrarbeit.

Durch einen „Sozialplan“ können BeamtInnen mit 55 Jahren in den Vorruhestand gehen. Bei ASVG-Bediensteten können Männer mit 55 und Frauen mit 50 dieses Angebot in Anspruch nehmen. Dabei werden

80 % der Aktivbezüge zugesichert, für die unteren Einkommensschichten sogar 90 %. Klingt eigentlich gar nicht so übel, aber natürlich hat die Sache einen Haken. Der Sozialplan gilt nämlich nur bis Ende 1998. Da Brief- und Schalterkonzept aber erst Mitte 1999 bzw. ab 2000 realisiert werden, ist zu dem Zeitpunkt, wo wirklich mit beträchtlichem Stellenabbau zu rechnen sein wird, dieses Vorruhestandsmodell bereits nicht mehr möglich. Hinzu kommt, daß, aller Wahrscheinlichkeit nach, ab dem Jahr 2000 auch mit einer Liberalisierung des Briefsektors zu rechnen ist. Dies wird wohl weitere Rationalisierungsmaßnahmen seitens der Post nach sich ziehen.

Vor wenigen Tagen hat die Postge-

sind und die Überstundenabgeltung lächerliche S 25,- bis S 35,- beträgt, sind weitere Verschlechterungen nicht zumutbar. Nachdem die Gewerkschaft die Genehmigung ausgehandelt hatte, im Bedarfsfall sowohl befristete als auch unbefristete Arbeitskräfte aufzunehmen,



Post: Die Privatisierungshaie lauern schon

wurden jegliche Kampfmaßnahmen abgesagt. Wer entscheiden wird, wann der „Bedarfsfall“ gegeben ist, bleibt offen.

Der Gewerkschaftliche Linksblock hat die Streikdrohungen zu Recht als „Kraftmeierei“ und „Dampfablassen“ bezeichnet. Mit ihrer Zustimmung zur Vorruhestandsregelung und der damit verbundenen unwiderruflichen Vernichtung von tausenden Arbeitsplätzen hat die Gewerkschaft dem Vorstand freie Hand für jene Entwicklung gegeben, über die sie nun so entsetzt ist.

Die Mitglieder reagierten mit Austrittswellen (auf manchen Postämtern mehr als 1/3 der Belegschaft). Nur eine starke und kämpferische

Gewerkschaft kann in dieser Situation noch etwas für die Bediensteten erreichen. Nur, wenn die Gewerkschaftsführung bereit ist, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Einsparungspläne vorzugehen, können diese aufgehalten werden. Daß die sozialdemokratisch dominierte Gewerkschaft diese Rolle übernehmen wird, darf bezweifelt werden. Nicht der Austritt aus der Gewerkschaft, sondern die Organisation in unabhängigen, linken und kämpferischen gewerkschaftlichen Gruppen, ist die Lösung. Wie heißt es doch so treffend: Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will! Das gilt auch für die Räder der Postbusse und Zustellautos!

4.800 Bedienstete sollen nach dem Vorruhestandsmodell 1998 in Frühpension geschickt werden.

werkschaft mit Streik gedroht. Anlaß waren die unzumutbare Mehrbelastung, die nun auf die verbleibenden Postbediensteten zukommen wird. 4.800 Bedienstete sollen nach dem Vorruhestandsmodell 1998 in Frühpension geschickt werden. Der Vorstand rechnet darüber hinaus mit 1.500 weiteren DienstnehmerInnen, die noch 1998 freiwillig ausscheiden. Vor allem im Bereich der gelben Post und der Busdienste, wo jetzt schon Wochenarbeitszeiten von bis zu 46 Stunden Gang und Gebe-

Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

GdG-Wahl

Ungefähr 80.000 Wahlberechtigte für die Personalvertretungswahl (PV) und 90.000 Wahlberechtigte für die Gewerkschaftswahlen bei der Gemeinde hatten am 5. und 6. Mai die Möglichkeit, ihre Stimmen abzugeben. Das Endergebnis: FSG 76 %, KIV 12 %, FCG 6 %, GLB 3 %, KUG-AUF 2 % und FA-AUF 1 % - de facto blieb alles beim Alten. Die KIV konnte ihr Ergebnis halten, der GLB verzeichnete Zugewinne.

von Markus Moldaschl,
SOV Wien West

Ich habe für die KIV (Konsequente Interessenvertretung) als SchülerInnenvertreter in den Krankenpflegeschulen der Gemeinde kandidiert. Bei den PV-Ausschüssen erreichte die KIV sehr unterschiedliche Ergebnisse. In manchen Bereichen verlief die Wahl sehr erfolgreich wie im Preyerschen Kinderspital und im Pflegeheim Klosterneuburg, wo die KIV die Mehrheit hat, in anderen, wie bei den StrassenbahnerInnen, verlor die KIV sogar Mandate. Die Gewerkschaftswahlen brachten der KIV 18,8 % in der Hoheitsverwaltung, 18,41 % in Spitälern und Pflegeheimen und 4,3 % bei den Wiener Linien. Als Linker und KIV-Kandidat habe ich mir vorgenommen, einerseits eine Stärkung der freiheitlichen Gewerkschaftsfeinde zu verhindern, andererseits die FSG-Dominanz zu brechen. Mein Bereich wird leider nicht extra ausgezählt. Hochgerechnet und geschätzt habe

ich bei meiner Kandidatur an der Krankenpflegeschule im AKH ungefähr 25-33% der Stimmen erzielt. Das Wahlergebnis bedeutet für mich, daß ich bei der Gewerkschaftsvollversammlung im September als direkter Delegierter der KIV auftreten kann. Ich habe mir vor allem vorgenommen, daß ich einige Anträge zur Verbesserung der Ausbildung in den Krankenpflegeschulen einbringen werde.

Im Allgemeinen muß man sich fragen, was die SPÖ-Spitze noch alles aufführen muß, damit diese endlich nicht mehr gewählt wird. Die zweite große Aufgabe besteht darin den Vormarsch der AUF zu stoppen. Die Fraktion der Freiheitlichen Gewerkschafter hat zu unserem Schrecken vor allem in der Hauptgruppe 4 (StraßenbahnerInnen) enorme Ergebnisse erreicht - bis zu 24,55 %. Da es so aussieht, als ob sich dieser „Trend“ in Zukunft halten - bzw. verstärken - wird sind wir gefordert, dem eine linke Alternative entgegenzustellen.

Österreichisches Hilfswerk für Taubblinde

Neuer Betriebsrat

Am 18. Mai fanden beim Österreichischen Hilfswerk für Taubblinde (ÖHTB), einem gemeinnützigen Verein zur Betreuung behinderter Menschen, Betriebsratswahlen statt.

Michael Gehmacher, Behindertenbetreuer und SOV-Gewerkschaftssprecher, wurde in den Betriebsrat gewählt. Bei der Betriebsratswahl kandidierte der jetzige - aus 5 Aktiven und 5 Ersatzmitgliedern bestehende - Betriebsrat gemeinsam auf einer unabhängigen Liste.

Vorwärts: Wieso hast Du für den Betriebsrat kandidiert?

MG: Das pädagogische Personal des ÖHTB war früher auf 2 Vereine aufgeteilt - ÖHTB und ÖHTB-Fachwerk. Ich habe '95 beim Fachwerk als Betreuer in einer Wohngemeinschaft begonnen. Dort arbeiteten Fachwerkangestellte gemeinsam mit ÖHTB-Angestellten. Der einzige Unterschied bestand de facto darin, daß wir Fachwerkangestellten rechtlich etwas schlechter gestellt waren.

In beiden Vereinen gab es damals Betriebsratsmitglieder, die dem GLB nahe standen. Einer z.B. war Gerhard Hauptmann vom GLB, der damals Betriebsratsvorsitzender des ÖHTB war und sich aktiv an der SOV-Aktion „Guten Morgen ÖGB“ beteiligte.

Ich war als „Vorwärtsler“ bekannt. Dazu kam noch, daß vieles im Betrieb einfach nicht o.k. war und ist.

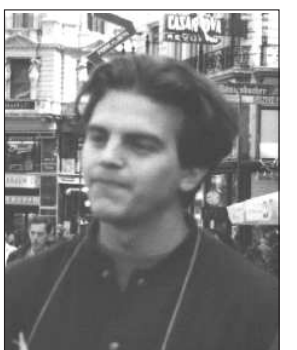
Es gibt Belastungen, die einer/m erst so richtig auffallen, wenn man hier längere Zeit arbeitet.

Mit der Zeit wurde mir klar, daß es nicht ausreicht, von BetriebsrätInnen linke Politik zu verlangen. Als mich dann der damalige Fachwerk-Betriebsrat auf konkrete Mitarbeit ansprach, war meine Antwort klar: Ich wurde vorerst in den Fachwerk-Betriebsrat kooptiert. Mit 1.1.98 wechselten dann alle BetreuerInnen vom Fachwerk zum ÖHTB, weil das Fachwerk mit Ende '98 aufgelöst werden soll. Fachwerk-Betriebsrat und ÖHTB-Betriebsrat bildeten dann eine gemeinsame Betriebsratskörperschaft und hielten nun im Mai Wahlen ab.

Vorwärts: Wie interpretierst Du Betriebsratswahl und Ergebnis?

MG: Ich glaube, daß meine Situation nicht ganz die Gleiche ist, wie bei den Wahlen in einem Großbetrieb. Wenn FSG und FCG den Betriebsrat beherrschen und man als LinkeR dazu eine Oppositionsliste auf die Beine stellt, dann sind Zustimmung oder Ablehnung bei Wahlen eindeutige politische Aussagen. In unserem Fall hat sich ein Team zur Wahl gestellt und die KollegIn-

nen erwarten sich gute Betriebsratsarbeit - nicht mehr oder weniger. Ob ich irgendwo dabei bin und wo, ist



Michael Gehmacher

und wo, ist eher egal, obwohl ich glaube, daß ein rechter Betriebsrat nicht akzeptiert werden würde. Die Stimmung innerhalb der Belegschaft ist etwas kämpferischer geworden, wir hatten eine super Betriebsversammlung.

Vorwärts: Was sind Eure nächsten Ziele?

MG: In erster Linie, brauchen wir eine gute Informationsstruktur. Etwas weniger als 200 Beschäftigte sind auf unzählige Einrichtung verstreut. Eine Betriebs(rats)zeitung ist in Arbeit. Außerdem gibt es im Bereich der Bezahlung, Arbeitszeit... einiges zu verbessern. Erschwert wird das ganze noch dadurch, daß es für BehindertenbetreuerInnen noch keinen Kollektivvertrag gibt. Klar ist für mich darüber hinaus, daß mein Mandat auch eine Stärkung für linke Positionen in GPA und ÖGB bedeuten wird.

Die politischen Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Indonesien: Die Revolution hat

Revolutionen sind keineswegs eine Erscheinung der Vergangenheit! In diesen Tagen entwickelt sich am anderen Ende der Welt - in Indonesien - ein revolutionärer Prozeß. Ausgelöst durch eine tiefe Wirtschaftskrise kam es zu monatelangen Protesten, die letztlich den Rücktritt von Suharto erzwangen. Für bürgerliche Kommentatoren ist damit der Prozeß mehr oder weniger beendet - für MarxistInnen ist aber klar, daß damit die Revolution erst begonnen hat. Um eine wirkliche Befreiung der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Indonesien zu erreichen, muß nicht nur die Diktatur Suhartos, sondern die Diktatur des Marktes beseitigt werden.

von Anna Schneider vom Komitee für eine ArbeiterInneninternationale / CWI

Vor knapp einem Jahr brach in einer Reihe südostasiatischer Staaten die Wirtschaft zusammen. Indonesien wurde von dieser „Asiatischen Grippe“, die bald die ganze Weltwirtschaft infiziert hatte, besonders hart getroffen. Hatte der IWF Indonesien 1996 noch auf Platz 7 der wirtschaftlich aufstrebenden Länder gereiht, sieht es sich heute mit der tiefsten Krise seit Jahrzehnten konfrontiert. „Krismon“, die Krise des monetären (=Geld-)Sektors, die zu einer Abwertung der nationalen Währung Rupiah um mehr als 80% führte, wird heuer zu einem Minuswachstum der Wirtschaft um rund 10% führen. Die Inflation hat bereits 35

% erreicht, ein Anstieg auf bis zu 100% wird befürchtet. Die Gesamtverschuldung (Staat und Private) liegt bei ca. 140 Milliarden Dollar, rund 1/3 davon werden heuer fällig.

Die Krise trifft natürlich nicht die 200 Superreichen, die die 200 Millionen Indonesier wirtschaftlich und politisch kontrollieren, sondern die Millionen ArbeiterInnen sowie die Armen in den Städten und auf dem Land. Seit Beginn der Krise haben über vier Millionen ihren Job verloren, die Arbeitslosigkeit in den großen Städten hat sich seit Juli '97 verdoppelt. Schon damals waren allerdings rund 35 Millionen Menschen unterbeschäftigt! Die Löhne von jenen, die noch einen Job haben sind im selben Zeitraum um ca. 50% gefallen. Gleichzeitig stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel um 1/3.



Die StudentInnen beginnen den Kampf!

Im Februar '98 begann sich an einer Reihe von Universitäten der Widerstand zu formieren. Die Bewegung, die als Protest gegen die verheerenden sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise, gegen „korupsi“ und „nepotisma“ (Neoptismus ist Vetternwirtschaft), angefangen hatte, wurde aber rasch politisch und forderte „reformasi“ aber auch „revolusi“ und nicht weniger als den Rücktritt des verhaßten Diktators Suharto.

Das Regime versuchte, die Bewegung zu isolieren und verbot den StudentInnen, außerhalb des Campus zu demonstrieren. Aber viele NichtstudentInnen - ArbeiterInnen, Hausfrauen, Busfahrer und generell arme - kamen, um teilzunehmen. In Solo z.B. waren bereits im April mehr als 1/3 der DemonstrantInnen von außerhalb.

Der Widerstand wird sowohl von den offiziellen StudentInnenstrukturen - den Senaten - als auch den unabhängigen Strukturen - „Komitees“, in denen die kämpferischsten, aktiv-

sten StudentInnen organisiert sind - angeführt. Ein Netzwerk zwischen verschiedenen Universitäten wurde aufgebaut und die StudentInnen versuchten, die Bewegung zu verbreitern. „Workers Organizer“ besuchen die Arbeitenden, um sie zu organisieren.

Der Sturm bricht los

Anfang Mai kam es zu neuerlichen Preissteigerungen - Benzin, auf das rund 60% aller IndonesierInnen angewiesen sind, da ein großer Teil des

Trotzkis Theorie in der Praxis

Kann die Revolution siegen?

In der Geschichte gibt es eine Reihe fehlgeschlagener Revolutionen und nur wenige erfolgreiche. Als MarxistInnen versuchen wir, daraus unsere Lehren zu ziehen. Natürlich hat jedes Land, jede Revolution ihre unvergleichbaren Besonderheiten, aber es gibt auch allgemein gültige Gesetzmäßigkeiten. Um tatsächlich ein Ende von Ausbeutung und Unterdrückung in Indonesien zu erreichen, ist es notwendig, die revolutionäre Praxis mit der marxistischen Theorie zu verknüpfen und aus der Geschichte zu lernen.

Welche Revolution?

Einigkeit herrscht weitgehend darüber, daß Suharto und sein Clan gestürzt werden und seine Diktatur beendet werden soll. Über das danach gehen die Ansichten innerhalb der Opposition aber weit auseinander. Einerseits gibt es die Vertreter einer prokapitalistischen Linie; sie wollen ein kapitalistisches Indonesien, in dem ein „gesunder“ Kapitalismus herrscht. Über die Frage von demokratischen Rechten sind sie sich nicht einig, aber auch jene, die solche zugestehen wollen, meinen maximal einen halbherzigen bürgerlichen Parlamentarismus und keine wirkliche Selbstbestimmung der arbeitenden Menschen. Länder wie Südkorea oder die Philippinen zeigen, daß es trotz politischer Veränderungen keine wirkliche Demokratie gibt. An der wirtschaftlichen Ausbeutung wollen sie ohnehin nichts ändern.

Andererseits gibt es die Linken, die nicht nur demokratische Rechte wollen, sondern einen Sturz des Kapitalismus. Wie aber soll daß erreicht werden? Der scheinbar leichtere Weg ist eine erfolgreiche bürgerliche Revolution gemeinsam mit den „fortschrittlichen“ Kräften des Bür-

gertums (Megawati, Rais), dann Mobilisierung und Organisierung der ArbeiterInnenklasse und dann eine sozialistische Revolution. Diesen Vorschlag nennt man auch „Etappen-



Das „Komitee für den Kampf des Volkes für Veränderung“ an der Gajah Mada Universität in Jogjakarta

theorie“. Sie wurde in den 30er Jahren von den Stalinisten „erfunden“ und wird bis heute von ihnen vertreten. In der Vergangenheit ist die Umsetzung dieser Theorie nicht nur nicht erfolgreich gewesen, sondern hat in verschiedenen Ländern - China 1927, Chile 1973 - zu einer blutigen Niederlage der Revolution und zum Triumph reaktionärer Kräfte geführt.

Demgegenüber steht die „Theorie der Permanenten Revolution“, die Anfang dieses Jahrhunderts von Leo Trotzki entwickelt wurde. Sie geht

davon aus, daß für wirtschaftlich zurückgebliebene Länder (sogenannte „3. Welt-Länder“) der Weg zur Demokratie nur über den Weg einer sozialistischen Revolution führen kann. Denn in diesen Ländern gibt es kein unabhängiges Bürgertum, das eine bürgerliche Revolution, mit allen ihren Errungenschaften (Landreform, Rede- und Versammlungsfreiheit...), durchführen will. Würden Megawati oder Rais in Indonesien nun an die Macht kommen, so wären sie vom Militär und/oder vom IWF

abhängig. Beide sind mit der wirtschaftlich herrschenden Schicht eng verbunden und haben keinerlei Interesse an z.B. einer Landreform. Demokratische Zugeständnisse könnten sie nur in einem sehr beschränkten Maße machen, da diese sofort das herrschende, kapitalistische System in Frage stellen würde. Wirkliche demokratische Rechte können also nur Hand in Hand mit einer sozialistischen Revolution erreicht werden, die nicht nur einen Repräsentanten des Kapitalismus - Suharto - stürzt, sondern das System an sich beseitigt.

Welches Programm?

„Sozialismus“ ist in Indonesien ein

„Un-Wort“, es gibt kein breites sozialistisches Bewußtsein - wie also soll also eine sozialistische Revolution möglich werden, wenn sie kein Putsch einer kleinen Minderheit sein soll? Die unterdrückten und ausgebeuteten Menschen in Indonesien - die ArbeiterInnen, die Armen in den Städten und auf dem Land - haben in den letzten Monaten den Kampf der StudentInnen mit Sympathie verfolgt und haben sich diesem in den letzten Wochen auch aktiv angeschlossen. Sie haben einige Forderungen - Weg mit Suharto, Reduzierung der Preise - die aber keineswegs „sozialistischer“ Natur sind. Die Aufgabe von MarxistInnen ist es nun, Programme zu entwickeln, die bei den unmittelbaren Bedürfnissen der Menschen ansetzen und eine Brücke schlagen zu einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung. Ein solches Programm nennen MarxistInnen „Übergangsprogramm“ (siehe Kasten).

Es reicht natürlich nicht, einmal so ein Programm zu erstellen, und das war es dann. Es muß ständig überarbeitet und an das Bewußtsein der Bewegung angepaßt werden. Es muß eine Diskussionsgrundlage sein anhand derer erklärt werden kann, warum der Kapitalismus an sich gestürzt werden muß und wie eine neue Gesellschaft errichtet werden kann.

Wer „macht“ die Revolution?

Eine sozialistische Revolution ist kein Putsch, sie wird nicht von einer handvoll schwebewaffneter Kader durchgeführt, sondern von der Mehrheit der aktiven Bevölkerung mitge-

tragen. Verschiedene Teile der Unterdrückten und Ausgebeuteten müssen sich daran beteiligen - wie die Kleinbauern und Landarbeiter und die Armen am Land und in den Städten. Aber nur die ArbeiterInnenklasse hat Erfahrung mit kollektivem Arbeiten und mit der Notwendigkeit, sich zu organisieren. Nur sie kann als revolutionäre Klasse in einer sozialistischen Revolution eine führende Rolle spielen. Auch in wirtschaftlich unterentwickelten Ländern ist die ArbeiterInnenklasse heute eine zahlenmäßig starke Kraft, in Indonesien sind das 30-40 Millionen Menschen (15-20% der Bevölkerung). Um die ArbeiterInnenklasse in diesem Kampf zu organisieren und zu zum Sieg zu führen, um aus einer Revolte eine siegreiche Revolution zu machen, braucht es noch den „subjektiven Faktor“, also die revolutionäre Partei - eine Organisation, die analysiert und erklärt was geschieht, die Lehren aus der Vergangenheit zieht, an der Spitze des Kampfes steht und die tagtäglichen Forderungen und Schritte mit einer sozialistischen Perspektive verknüpft.

In Indonesien existieren heute viele der „klassischen“ Zutaten einer Revolution, eine kämpferische Jugend, breite Schichten der Bevölkerung die sich am Aufstand beteiligen, eine ArbeiterInnenklasse, die in den Kampf eingetreten ist und nicht zuletzt die Krise und die Spaltungen in der herrschenden Klasse, die zwischen Konzessionen und Repression schwankt. Nun gilt es mit diesen Zutaten den Kuchen der Revolution fertigzubacken!

erst begonnen!

Verkehr mit Mopeds erledigt wird, wurde um 71 % teurer. Als dann am 12. Mai bei einer Demonstration der Elite-Universität Trisakti eine Reihe von StudentInnen erschossen wurden, brach der Sturm los. Es folgte ein Aufstand, der nur wenige Tage später zum Rücktritt Suhartos führte. Nach 32 Jahren installierte der 76jährige Diktator, der mittels eines Blutbades an die Macht gekommen war, seinen Nachfolger. Rund 500 Menschen starben in diesen Tagen, die von der Presse als "Chaos und Anarchie" bezeichnet werden. Es kam zu Plünderungen, doch diese spiegeln v.a. die Verzweiflung auf der Suche nach dem Lebensnotwendigen wieder. Es kam auch zu Pogromen gegen Chinesen. Diese wurden teilweise von Teilen der Armee (um Suharto Schwiegersohn Prabowo, Chef der Eliteeinheit Kostrad) angestiftet, um dann ein hartes Durchgreifen zu "rechtfertigen". Häufig richteten sich die Übergriffe der Massen gegen das Eigentum von Vertretern der herrschenden Clique zu denen auch Chinesen, wie Lim Sie Liong, der einer der reichsten Männer Indonesiens ist, gehören.

Habibie - niemandes Liebling

Der neue Präsident Habibie ist ein politischer Ziehsohn Suhartos der über keine wirkliche Unterstützung verfügt und von allen nur als Übergangslösung gesehen wird. Sein neues Kabinett unterscheidet sich nur durch wenige Namen von Suhartos alter "Regierung". Er hat zwar Wahlen angekündigt, aber es ist weder bekannt, wann diese stattfinden sollen, noch wer wählen bzw. wer kandidieren kann.

Daß Habibie keine wirkliche Veränderung darstellt ist allen klar. Die

Stimmung weiter anheizen, Reformen und Konzessionen andererseits würden sie ermutigen. Die Revolution hat also gerade erst begonnen - es ist davon auszugehen, daß es in der nächsten Zeit zu weiteren Bewegungen kommen wird.

Ein großer Unsicherheitsfaktor dabei sind "ABRI", die bewaffneten Kräfte, bei denen in Polizei und Militär gemeinsam rund 500.000 unter Waffen stehen, bei denen es aber, wie in der gesamten herrschenden Klasse, unterschiedliche Flügel gibt. Ein Putsch ist zwar nach wie vor nicht auszuschließen, aber zur Zeit nicht die wahrscheinlichste Perspektive. Aber auch wenn sich die Vertreter der herrschenden Klasse der noch bis vor kurzem unterdrückten liberalen prokapitalistischen Opposition zuwenden und eine "Reformregierung" mit größerer Glaubwürdigkeit einsetzen, so ist es doch unwahrscheinlich, daß auf diese Weise längerfristige Stabilität für Indonesien zu gewährleistet wird.

Die Opposition

In den letzten Wochen hat sich Amien Rais, der Kopf der rund 28 Millionen starken Muslimorganisation Muhammadiyah als die zentrale Figur der bürgerlich-liberalen Opposition herauskristallisiert. Obwohl er nicht an der Mobilisierung der Massenproteste gegen Suharto beteiligt war, ja sogar teilweise versuchte diese zu Bremsen, und noch vor kurzem Suharto eine "letzte Chance" bis Jahresende gegeben hatte, präsentiert er sich zunehmend als Oppositionsführer. Er ist nicht nur ein enger persönlicher Freund von Habibie, sondern hat offensichtlich auch enge Kontakte zum Militär. Er wird auch vom Westen favorisiert, da er auch den

se hart getroffenen Massen, haben weder Rais noch Megawati eine Antwort.

Die linken Kräfte

Nach der völligen Ausmerzung der PKI 1965 (siehe Kasten) gab es lange Zeit so gut wie keine organisierten linken Kräfte in Indonesien. In den letzten Jahren haben sich aber in der 1994 gegründeten und 1996 verbotenen Demokratischen Volkspartei (PRD) AktivistInnen zusammengefunden, die sich selbst

auch als SozialistInnen sehen. Die PRD organisiert in ihren verschiedenen Teilorganisation ArbeiterInnen (PPBI), StudentInnen (SMID), BäuerInnen (STN) und KünstlerInnen (Jakar). Seit zwei Jahren muß sie im Untergrund agieren, viele ihrer AnführerInnen sind im Gefängnis, viele stehen auf "schwarzen Listen" und werden verfolgt, viele sind einfach "verschwunden".

In den letzten Monaten war die PRD aber offensichtlich aus dem Untergrund heraus an der Bewegung beteiligt und stellt Forderungen wie jene nach Vergesellschaftung auf.

Die sozialistischen Kräfte in Indonesien sind noch schwach und stehen unter einem enormen Druck. Sie müssen nicht nur die Bewegung auf die ArbeiterInnen ausweiten und vorantreiben, sondern auch die bürger-



StudentInnen rufen ArbeiterInnen zum Widerstand auf

lichen Führer wie Rais und Megawati demaskieren.

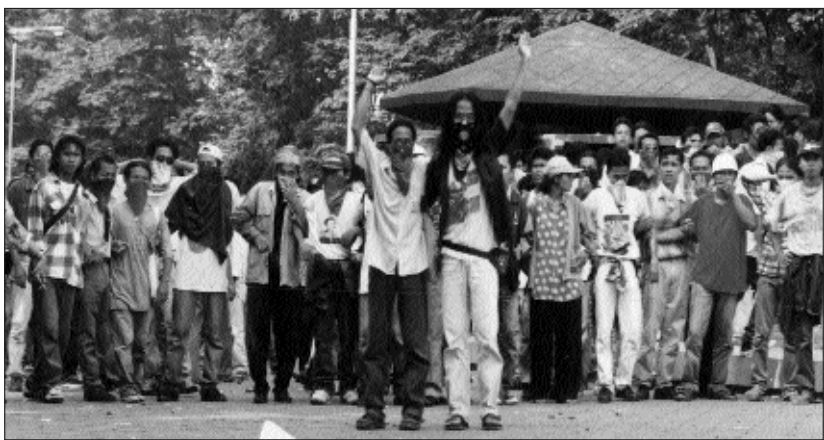
Suhartos Ende geht Hand in Hand mit dem Ende der "Tigerstaaten", die bis vor einem Jahr den Kapitalismus als funktionierendes System präsentieren konnten. Suharto mußte gehen, aber die Krise des Kapitalismus ist nach wie vor allgegenwärtig für die Massen in Asien. Der Kampf der StudentInnen, ArbeiterInnen und der Armen in Indonesien hat nicht nur internationales Aufsehen erregt, sondern wird auch internationale Auswirkungen haben, denn die ArbeiterInnen der gesamten Region - in den Philippinen, in Südkorea und in Japan - schauen nach Indonesien.

Eine blutige Geschichte

Indonesien hat eine sehr bewegte Geschichte, in der die ArbeiterInnenbewegung eine zentrale Rolle einnimmt. Bis Mitte dieses Jahrhunderts ist Indonesien holländische Kolonie. Die bereits 1920 gegründete Kommunistische Partei (PKI), die die erste in Asien war, ist auch im Unabhängigkeitskampf involviert.

Sie folgte allerdings der stalinistischen Taktik und Strategie der Komintern (hier sei besonders die „Etappentheorie“ erwähnt), was für die indonesischen KommunistInnen verheerende Auswirkungen hat. Ein Aufstandsversuch 1926/27 wird blutig niedergeschlagen, die PKI verboten. 1942 besetzen die Japaner Indonesien. Die nationalistischen Kräfte, darunter sowohl der spätere Präsident Sukarno als auch der spätere Diktator Suharto, setzen im Kampf gegen die die holländischen Kolonialherren sogar auf Zusammenarbeit mit den Japanern. Am 17. 8. 45 wird von Sukarno, dem ersten Präsidenten, die Republik Indonesien ausgerufen. Die Unabhängigkeit wird nicht akzeptiert und in Folge von niederländischen und britischen Truppen blutig bekämpft.

Wieder wird fast die gesamte Führung der PKI ermordet. Erst 1949 wird die Unabhängigkeit erreicht. Sukarno hat zwar große Unterstützung in der Bevölkerung, lebt aber in immensm Luxus und führt 1959 die „gelenkte Demokratie“ ein. Er spielt die Rolle eines klassischen Bonapartisten - er laiviert zwischen den politischen Kräften, repräsentiert durch das Militär einerseits und die immer stärker werdende PKI andererseits (1965 hat sie 3,5 Millionen Mitglieder, 20 Millionen in Vorfeldorganisationen, und ist die drittstärkste KP der Welt). Aber die PKI hat aus der Geschichte (v.a. jener der chinesischen KP) nichts gelernt und unterstützt Sukarno, anstatt für ein sozialistisches Indonesien zu kämpfen. Am 30. September 1965 werden unter dubiosen Umständen 6 Generäle ermordet. Unter dem Vorwand, es handle sich um einen Putschversuch der PKI übernimmt das Militär unter Suharto die Macht. Es folgt ein jahrelanges Gemetzel, bei dem bis zu 1,5 Millionen Menschen ermordet werden und an dessen Ende Suharto Präsident wird und dies die nächsten 32 Jahre bleibt. Parlament, RepräsentantInnenhaus und die "Beratende Volksversammlung" sind Marionetten von Suharto, neben der Staatspartei Golkar sind nur noch zwei nicht wirklich unabhängige Parteien zugelassen, freie Gewerkschaften sind verboten, aber selbst die Staatsgewerkschaft SPSI ist nicht in allen Betrieben vertreten. Die Macht liegt beim Präsidenten und dem Militär, das ganz offiziell eine Doppelfunktion (militärisch und politisch) inne hat. Im März '98 läßt sich Suharto wiederwählen, aber bereits 2 Monate später muß er als Ergebnis von Massenprotesten zurücktreten.



StudentInnendemonstration in Solo, Java

StudentInnen und die Massen, die Suharto gestürzt haben wissen, daß er nur eine von seinen Marionetten ist. Das Militär hofft, ihn kontrollieren zu können, und somit weiterhin die Macht zu behalten. Der Westen hofft auf eine Stabilisierung der Lage, um seine Investitionen zu sichern. Obwohl nicht klar ist, was in den nächsten Tagen und Wochen geschehen wird, so kann doch eines gesagt werden: Habibie hat erstens kein Interesse an wirklich demokratischen Reformen und wird zweitens an der Ausbeutung der indonesischen Massen nichts ändern. Der Versuch durch den Staat, die Bewegung niederzuschlagen würde die

IWF als "einzige Alternative" sieht.

Eine weitere prominente Figur der Opposition, Megawati Sukarnoputri, die Tochter des ersten Präsidenten Sukarno. Megawati, Anführerin der Demokratischen Partei Indonesiens (PDI), die 1996 vom Militär als Vorsitzende abgesetzt worden war, hatte sich bisher sehr im Hintergrund gehalten, und hat erst nach der Ermordung der StudentInnen der Trisakti-Universität ihr Schweigen gebrochen. Sie appelliert v.a. im Namen der Staatsphilosophie Pancasila und von Gott, hat aber an Programm wenig zu bieten.

Auf die sozialen Fragen, auf die Probleme der von der Wirtschaftskri-

Was ist notwendig?

- ➔ Volle demokratische Rechte für alle!
- ➔ Das Recht für alle arbeitenden Menschen, die Unterdrückten und die Jugend, sich frei in Gewerkschaften, Parteien und anderen Organisationen zusammenschließen!
- ➔ Für demokratische Aktionskomitees in allen Bereichen! Diese müssen vernetzt werden, um die Basis für ein neues, wirklich demokratisches politisches System zu legen. Die arbeitenden Menschen, die Unterdrückten und die Jugend müssen ihre eigenen VertreterInnen wählen, die Wirtschaft und Gesellschaft verwalten können.
- ➔ Auflösung aller Repressionsinstrumente!
- ➔ Für das Recht auf Selbstbestimmung für alle Menschen in Indonesien und anderswo!
- ➔ Nein zum imperialistischen IWF und zu seinen Programmen! Die Kapitalisten sollen ihre Geschäftsbücher öffnen und zeigen, wo das ganze Geld ist.
- ➔ Das Eigentum von Suharto, seiner Familie, der Banken und der 54 größten Unternehmen, die die Wirtschaft kontrollieren und die indonesischen Massen ausbeuten, soll vergesellschaftet und unter demokratische Kontrolle und Verwaltung gestellt werden.
- ➔ Für eine sozialistische Demokratie in Indonesien, die ein Beispiel für eine wirkliche Alternative zum Kapitalismus für die Jugendlichen und arbeitenden Menschen der ganzen Welt sein kann.

Der Run aufs Geld

Fußball 98: Viel Geld, wenig Tore!

Wenn am 10. Juni der Anpfiff zur 16. Fußballweltmeisterschaft erfolgt und sich die brasilianischen Superkicker mit den besten Schotten messen, sitzt wieder einmal die gestamte (hauptsächlich männliche) Welt vor den Fernsehgeräten. Seit Monaten in Aufregung sind die Werbechefs von Bier-, Auto-, Chips- und Kreditkartenunternehmen.

von Harry Mahrer, SOV Wien West

Während Millionen Fans auf rasanten Spielen, geniale Tricks, millimetergenaue Passbälle und vor allem auf viele Tore hoffen, sehen die Werbechefs, die Konzernherren und die Funktionäre der Verbände nur Werbeverträge, Kontobewegungen, von Riesensummen für TV-Rechte ausgelöst, und Umsatzsteigerungen bei Bier, Chips und ähnlichen unerläßlichen Utensilien für die Männerrunde vorm TV-Gerät. Die Werbestrategen erklären sogar allen Ernstes, die Fußball-WM könne nur vor einem funkelneuen 16:9-Riesenfernseher standesgemäß verfolgt werden.

Die Funktionäre der FIFA (internationaler Fußballverband) werden

nicht müde, zu beteuern, ein Spektakel der Superlative zu organisieren. Der Fußball ist bei diesen Meisterschaften mehr Nebensache denn je. Was zählt, ist das Geld. Wieviel verdienen die Organisatoren, wieviel der Weltverband, wieviel die Sponsoren? Ex-FIFA-Chef Havelange prahlte 1994 vor einem Unternehmerforum, daß mit Fußball weltweit weit mehr als durch den größten Konzern - General Motors - umgesetzt wird.

Seitdem das Geld nicht nur die Welt, sondern zunehmend auch den Fußball regiert, drehen sich die Spielkonzepte der Mannschaften mehr um das Verhindern von Toren, als um das Erzielen ebendieser. Resultat: Weniger Tore, fades Abwehrgeplänkel, viel Rennen und Rem-

pein, kaum Spielen! Denn wichtig ist nur eines: Verlieren verboten.

Fußball als Aufputz fürs Politikerimage

Auch die Politiker stehen Schlange, um den jeweiligen Vertretern ihrer „Nation“ alles beste zu wünschen, vor allem aber Siege, weil die sind wichtig fürs „Vaterland“. Ob die Spiele gut sind, ist egal. Hauptsache „unsere Buam“ haben es den „Buam aus Chile, oder von sonstwo“ ordentlich gezeigt, will heißen, sie erfolgreich am Toreschießen gehindert, oder noch deutlicher: Die „Gegner“ am Fußballspielen gehindert.

Begleitet wird dieses nationalistische Geheul der Politiker, das nicht nur in seiner Hysterie an Kriegsberichterstattung erinnert, von einem ebensolchen Geheul von Reportern, egal ob in Printmedien oder Fernsehen. Allesamt empören sie sich dann, wenn einige Fans den kriegerischen Worten Gewalttaten folgen lassen. Die Politiker fordern dann mehr Po-

lizei und weniger Stehplätze, da sich dort ja der gewalttätige Mob versammelt.

Den Fußball zurückfordern!

Fußball war in seinen Anfängen ein Spiel, das den ArbeiterInnenmassen zur Erholung diente: Gemeinsame körperliche Betätigung, kombiniert mit Kreativität (Spielwitz) lenkte von der Arbeit ab, bot ein Forum, um sich zu treffen und um Kreativität zu entfalten. Kurz, es ging um Spaß und Unterhaltung, nicht um Krieg und Kampf. Anfangs wurden die Tore nicht einmal gezählt. Ergebnisse waren nicht wichtig. Fußball war Toreschießen und Spaß.

So wollen wir es auch diesmal halten: Es spricht ja nichts dagegen, sich auf schöne Spiele zu freuen. Hoffentlich siegt der Fußball über die Macht des Geldes, wenigstens in ein paar Momenten dieser WM. Wir müssen ja nicht die „Gegner“ hassen, oder die „eigenen Buam“ lieben, wir können ja auch einfach Fußball lie-



Einige werden reich mit Fußball

ben, uns freuen, wenn wir ihn sehen, egal wer ihn uns zeigt. Auf die Ansprachen von Politikern, oder auf nationalistisches Geschrei von Sportreportern können wir ebenso verzichten, wie auf die Werbebotschaften, der „Sportartikelhersteller“ Gösser, Radeberger, Warsteiner, Pringels, ...

In eigener Sache

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von öS 13.000,- netto!
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn!
- Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich!
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen!

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen!
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus- und inländische ArbeitnehmerInnen und Jugendliche gemeinsam führen!
- Ausbau und Anerkennung der politischen, sozialen und kulturellen Rechte aller in Österreich lebenden Volksgruppen und ethnischen Minderheiten. Das gilt besonders für autonome Entscheidungs- und Mitspracherechte im Vertretungs- und Bildungsbereich.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle! Abschaffung aller diskriminierender Paragraphen!

Für echte Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft

- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der in erster Linie das große Geld schützt. Für die Auflösung sämtlicher Geheimdienste und Sondereinheiten!
- Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B.

NATO) - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflösung aller stehenden Einheiten!

- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, ArbeitnehmerInnenschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich!
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschaftsdiktatur der Unternehmer. Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für Sozialismus international

- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage!
- Für den Aufbau einer Bewegung links von SPÖ und Grünen. Wir wollen eine breite linke Opposition, eine echte Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in den Gewerkschaften, Betrieben und Schulen mitaufbauen! Dazu soll die Gründung der Sozialistischen Offensive Vorwärts (SOV) ein Beitrag sein!
- Für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich ein paar Reformen können keine grundlegende Veränderung herbeiführen. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für einen Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen!

JETZT AKTIV WERDEN!

TERMINE

- 10.6. „Perspektiven für Österreichs Zukunft“ OG Wien Mitte
- 13.6. „Trotzkismus in Österreich - Geschichte und Perspektiven“ Achtung Samstag-Termin, anschließend Fest OG Wien West
- 15.6. „Aktionstreffen gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen“ FrauenStammtisch
- 27.6. „Internationale Arbeitskämpfe - wie schlagkräftig ist der ÖGB?“ Regionalgruppe OÖ
- 3.7. „RAF - Kann die Stadtguerilla etwas erreichen?“ OG Wien Nord
- .6. „“ OG Wien Süd

Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Komm in eine SOV-Ortsgruppe oder ruf uns an: 0222/524 63 10

Wien

Ortsgruppe Wien Süd: jeden Dienstag 19 Uhr „TU-Club“, 4; Paniglgasse

Ortsgruppe Wien West: jeden Dienstag 19.30 Uhr „Club International“ 16; Payergasse 14

Ortsgruppe Wien Nord: jeden Freitag 19.30 Uhr „Cafe Spectrum“ 2; Arnezhofergasse 8

Ortsgruppe Wien Mitte: jeden Mittwoch 19 Uhr „Amerlinghaus“, 7; Stiftg.8

GewerkschaftsStammtisch:

Termine nach Rückfrage „Zentrum Erdberg“; 3; Lechnerstr.2-4

FrauenStammtisch jeden 2. und 4. Montag im Monat, „Zentrum Erdberg“; 19 Uhr 3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich - Wels

jeden Samstag 14 Uhr „Hotel Kijew“ Stelzhamerstraße

Niederösterreich - Wr. Neustadt

Cafe Einhorn, Singergasse Termine bei der Redaktion

Unsere politische Arbeit kostet Geld! Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Ziel Mai und Juni: öS 60.000 davon bisher erreicht: 41.571

Besondere Verkäufe: 1. Mai: mehrere hundert Zeitungen!

Übrigens - jetzt Vorwärts abonnieren, denn: **Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!**

Kampffonds aktuell



PSK 8812.733

von Albert Kropf





Neues
aus dem
CWI

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) - Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Australien

„Workers First“

Bei den Wahlen in der Gewerkschaft AMWU (Metall-, Bauarbeiter) im Bundestaat Victoria konnte die Basis-Liste „Workers First“ mit rund 60 % einen Sieg - d.h. mehrere führende Positionen - erringen. Militant, die australische Sektion der SOV, hat „Workers First“ aktiv unterstützt - beim Besuch von hundert Fabrikern, Baustellen und bei den Mitgliedern zu Hause. „Workers First“ steht für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik, gegen Geheimverhandlungen der Gewerkschaftsführung mit den Bossen und für mehr Lehrstellen. „Wir können nur dann auf unsere Gewerkschaft stolz sein, wenn sie die Arbeiter an die erste Stelle setzt“ - ist das Motto von „Workers First“.

GUS

Sektion gegründet

Am 25./26. April fand in Moskau die Gründungskonferenz der GUS-Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale KAI/CWI statt. Die Gruppe in Rußland wird nun als wichtigste, wenn nicht sogar einzige trotzkistische Organisation gesehen. Die 47 TeilnehmerInnen aus 11 Städten und 5 Republiken diskutierten über die Perspektiven für die ArbeiterInnenklasse in den GUS-Staaten und über die Krise in Südostasien. Auch Ionur, ein Genosse aus Kasachstan, der als politischer Gefangener inhaftiert war und erst aufgrund einer internationalen Kampagne des CWI frei kam, war anwesend. „Meine GenossInnen haben mich hierhergeschickt, wir lesen Eure Zeitung und wir wissen, was Eure Internationale für Ionur getan hat“, sagte der Vertreter der Jungen Kommunisten aus Kirgisien.

Britannien

Sieg der Socialist Party

Dave Nellist wurde als erster Kandidat der Socialist Party, der britischen Sektion des CWI, direkt ins Stadtparlament gewählt. Dave erhielt in seinem Wahlkreis St Michael's in Coventry 1.766 Stimmen (52,7 %) - 585 mehr als der Kandidat von New Labour.

Bei den Regionalwahlen gab es eine niedrige Wahlbeteiligung (34 %!), Gewinne für die wichtigste Oppositionspartei, die Liberal Democrats und Verluste für New Labour, die auf ihre Privatisierungspolitik, ihren Abbau von Sozialleistungen und die Korruptionskandale zurückzuführen ist. Die Socialist Party stellte über 50 KandidatInnen, erhielt zwischen 1,8 und 52,7 % und insgesamt rund 9.000 Stimmen

Ungarn

Rechter Wahlsieg - Was nun?

Zum dritten Mal seit 1989 steht den UngarInnen ein Regierungswechsel ins Haus. Der Wahlsieger bei den ersten parlamentarischen Wahlen von 1990 war das rechtskonservative „Ungarische Demokratische Forum“ (MDF). Den von der Partei gepriesenen Kapitalismus bekamen die UngarInnen schnell zu spüren: Die Arbeitslosigkeit stieg enorm an, staatliche Betriebe wurden „privatisiert“ (oft fast verschenkt).

Von Timea Turai

Sparpakete der Regierung und eine anhaltend hohe Inflation führten dazu, daß immer mehr Menschen unter die Armutsgrenze fielen. Die Ängste und Nöte der Bevölkerung wurden bei den darauffolgenden Parlamentswahlen 1994 offenkundig. Der überwiegende Teil der WählerInnen votiert für die gewendeten stalinistischen Bürokraten, die nach der Wende in der Ungarisch-Sozialistischen Partei ihre Karriere versuchten. Das MDF ist seither zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Der WählerInnenwille war damals klar: Errungene soziale Rechte sollten nicht dem Kapitalismus geopfert werden. Doch der damals gewählte Ministerpräsident Gyula Horn sah sich eher bemüßigt, das ausländische Kapital zu beruhigen und trotz absoluter Mehrheit die Liberalen in die Regierung zu nehmen. Kurz nach seiner Wahl wurde auch schon das erste Sparpaket der Regierung geschnürt - es sollten noch weitere folgen... Kinder- und Familienbeihilfe wurden abgeschafft, dafür wurden Studiengebühren wieder eingeführt, Pensionen wurden nicht der Inflation angepaßt

usw. Heute liegt der durchschnittliche Lohn bei 4.000,- ATS, viele UngarInnen müssen sich mit zwei Jobs durchschlagen. Zur sozialen Misere kamen noch einige Korruptionsfälle der poststalinistischen Elite.

Am 10. Mai fand der erste Durchgang der Parlamentswahlen statt: Die WählerInnen zeigten ihre Enttäuschung über die letzten zwei Regierungen durch Rekordabsenz. Zwar konnten die SozialistInnen ihren Stimmenanteil bewahren, jedoch verloren die bis dahin mitregierenden liberalen „Freien Demokraten“ fast zwei Drittel ihres WählerInnenstammes. Wahlgewinner wurden die liberalen Jungdemokraten (FIDESZ) mit ihrem Vorsitzenden Viktor Orbán, die Kleine Landwirtpartei unter József Torgyán, ohne dessen Unterstützung die FIDESZ nicht Wahlsieger im zweiten Wahlgang geworden wäre und vor allem der rechtsextreme István Csurka, Vorsitzender der „Ungarischen Partei für Wahrheit und Leben“, der erstmals die 5 %-Hürde überschreiten konnte und mit 14 Abgeordneten ins Parlament einzieht. - Seine Partei hetzt offen gegen „Juden und Zigeuner“ (es leben ca. 500.000 Roma in Ungarn)

und träumt von einem Großungarn in den alten Grenzen. Csurka will künftig das neue Mitte-Rechts-Bündnis zwischen den Liberalen und der Kleinen Landwirtpartei unterstützen.

Wen und was vertritt nun die Partei der Jungen Demokraten, die 38 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte? Kommt

jetzt der große Richtungswechsel in der ungarischen Politik? Orbáns Bund Junger Demokraten entstand aus einem „Spät-68er“-Debatierklub. Bei den ersten Parlamentswahlen 1990 vertraten sie ein prowestliches Programm, das vor allem die „neuen jungen Unternehmer“ fördern wollte und erhielt 9 % der Stimmen. Als sie bei den Wahlen 1994 nur knapp die 5 % Hürde erreichten, machte die Partei einen starken Rechtsschwenk, da sie nur mit der Unterstützung der rechtskonservativen Partei der Kleinen Landwirte bei den Wahlen punkten konnte. Die Kleine Landwirtpartei ist VertreterIn einer nationalistischen „Blut und Boden“-Geisteshaltung, und ihr Vorsitzender Torgyán konkurriert in seinen Reden oft mit dem Rechtsextremisten Csurka, indem er versucht, die rechteren Standpunkte



Orban: Sein Programm geht auf Kosten der Frauen!

zu vertreten. Mit nationalistischen Parolen, vor allem gegen das ausländische Kapital, konnte Orban im zweiten Wahlgang Unterstützung aus dem Lager dieser beiden anderen rechten Parteien gewinnen. Orbáns populistische Versprechungen ein sozialeres Ungarn zu schaffen, stehen im Widerspruch mit seinen jetzigen Ankündigungen: Er bekräftigte, daß die neue ungarische Regierung am Ziel des EU-Beitritts festhalten werde und die nötigen Strukturanpassung im wirtschaftlichen Bereich vorantreiben werde. Ungarn wird nach diesen Wahlen die instabilste Regierung seit der „Wende“ erhalten - eine Regierung, die zwischen ihren Ankündigungen (7 % Wirtschaftswachstum pro Jahr!) und der sozialen Realität, nationalistischen Parolen und EU-Sparpaketen lavieren wird.

Dänemark

Generalstreik für mehr Urlaub

Widerstand gegen die Offensive des Kapitals? „Unmöglich, zwecklos“ sagt uns immer wieder eine Allianz aus Medien, Politikern und Gewerkschaftsfunktionären. Dänemark ist da anders.

von Pablo Hörtnner,
SOV Wien Mitte

zeitverkürzung!

Die Highlights

In Dänemark lähmte ein Generalstreik im Mai das gesamte Land. ArbeiterInnen verteidigten nicht nur ihre Rechte, sondern forderten in Zeiten der sogenannten Globalisierung einfach mehr Urlaub.

Wie alles begann...

In Dänemark herrscht ein tarifpartnerschaftliches System ähnlich der österreichischen „Sozialpartnerschaft“ - mit dem kleinen Unterschied, daß in der konstitutionellen Monarchie die Regierung die Möglichkeit hat, per Dekret die Tarifhoheit von Gewerkschaften und Unternehmern außer Kraft zu setzen, was zwischen 1933 und 1985 bereits zehnmal geschah, um Arbeitskämpfe gesetzlich zu unterbinden. Grund für den größten Arbeitskampf seit 13 Jahren, der am Montag, den 27. April begonnen hatte, war das „Nein“ in der ersten Urabstimmung zu einem Vorschlag der Staatsvermittler. Sie boten eine Lohnerhöhung von 4,5 % bzw. 4 %. Diese wollten statt dessen jedoch eine sechste Urlaubswoche. Auch eine Möglichkeit der Arbeits-

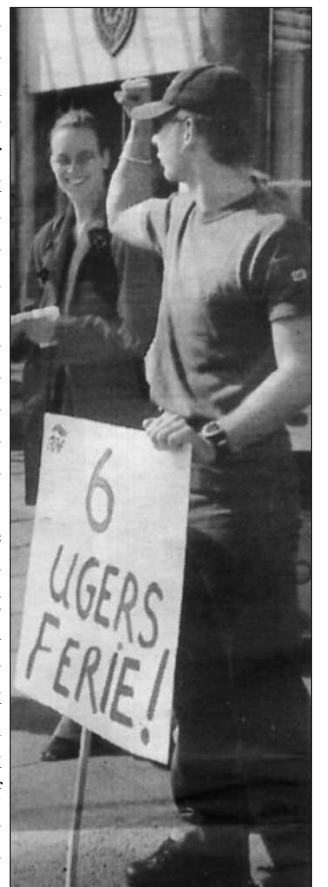
zeitverkürzung! daß sich das Bewußtsein in Folge des Kampfes erweitert, bestätigte sich. Ein Arbeiter am Mai-Aufmarsch sagte: „Es ist in Ordnung zu streiken. Wir wollen eine zusätzliche sechste Urlaubswoche, nicht nur einen Tag mehr zu Weihnachten!“ Ein anderer Demonstrant meinte: „Es ist gut, daß wir den Gewerkschaftsführern zeigen können, wie mächtig die ArbeiterInnen sind!“ Dies zeigt recht deutlich, daß es keine Illusionen in die LO-Spitze gab, doch zeigten die vermeintlichen ArbeiterInnenführer am 6. Mai ihr wahres Gesicht: Der „sozialdemokratische“ Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen gab um 12 Uhr 15 mit Unterstützung des

„Es ist gut, daß wir den Gewerkschaftsführern zeigen können, wie mächtig die ArbeiterInnen sind!“

Parlaments die Beendigung des Streiks per Zwangsgesetzgebung bekannt. „Ich bin enttäuscht von den Verhandlungspartnern. Aber wenn sie nicht handeln, muß die Regierung dies tun. Es hat keinen Zweck, das Elend weiter zu verlängern.“ Die Gewerkschaftsführung nahm das kampfflos hin.

Die dänische Notenbank versuchte unterdessen, mit Dollarkäufen und

Zinssteigerungen die unter Druck geratene Krone zu stützen. Wirtschaftsminister Jørgen Elvén erklärte, die Zinserhöhung sei im Hinblick auf den Streik und auf das Referendum



„Sechs Wochen Urlaub“

Amsterdamer Vertrag zu sehen, die „Unsicherheit über die Lage Dänemarks“ geschaffen habe. Das knappe „Ja“ zum Vertrag wurde also teuer erkaufte und wird die wachsenden Widersprüche noch verstärken.



5.000 ohne Lehrstelle!

Jugend ohne Zukunft: Mit 6,8 Prozentpunkten liegt der Anteil jugendlicher Arbeitsloser exakt um 50 Prozent über der offiziellen Arbeitslosenrate. Mit Ende des Schuljahres stehen wieder tausende Jugendliche vor dem Problem, einen Arbeits- und/oder Ausbildungsplatz zu ergattern.

von Karin Wottawa,
SOV Wien Mitte

Klimas Versprechungen, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu sichern, erweisen sich wie der „Nationale Beschäftigungsplan“ für Jugendliche als Seifenblase. Man nehme einen durchschnittlichen jungen Menschen auf der Suche nach einer Lehrstelle. Die aktuellen Daten des Arbeitsmarktservice besagen, daß man sich dann als einer der 13.833 Lehrstellensuchenden um die 8.183 Lehrstellen bemühen darf. Wohlgermerkt sind hier jedoch nur die beim Arbeitsamt gemeldeten Jugendlichen erfaßt und scheinen in der Statistik der insgesamt 36.966 der unter 25-Jährigen Arbeitslosen

als solche auf. Die Dunkelziffer liegt jedoch weit höher, denn nicht erfaßt sind zum Beispiel Lehrstellensuchende wie unserE JugendlicheR, der/die nach der Schule vorerst ohne Arbeitsmarktservice (AMS) eine Stelle sucht und kaum erfaßt sind auch AusländerInnen.

Will der/die Jugendliche also nicht arbeitslos werden, beziehungsweise bleiben, dann muß er/sie einen der 230 Lehrberufe wählen und eine entsprechende Stelle finden. Werden kann er/sie beispielsweise Hutmacher, Kappen darf er dann jedoch

nicht anfertigen. Eine einfache Lösung dieses Problems wäre eine Reduzierung der Lehrberufe auf Flächenberufe; damit wäre einerseits eine einheitlichere Ausbildung ge-

wenn man sich vor Augen führt, daß ein Drittel der potentiellen Ausbilder angeben, die Berufsschulzeiten wären zu lange; knapp der Hälfte ist eine Lehrlingsausbildung zu teuer, 53 % sprechen von zu strengen gesetzlichen Vorschriften, mehr als drei Viertel meinen, die BewerberInnen seien ungeeignet. Diese Umfragen drücken aus, als was Jugendliche von den Unternehmern gesehen werden: Als billige Hilfskräfte die in erster Linie den Boden aufwischen „dürfen“!

Ausbildung raus aus Unternehmerhand!

unter die Kontrolle der Gewerkschaft sowie freigewählter LehrungsvertreterInnen zu stellen.

Weiters sollten alle Jugendlichen - egal welchen Beruf sie ergreifen - Englisch als Pflichtfach in jeder Berufsschule lernen, und das an zwei Tagen in der Woche. Um das Lehrstellenangebot wieder zu erhöhen, dürfen nicht die Schutzbestimmungen die das Lehrlingsrecht vorsieht, abgebaut werden, sondern jene Unternehmer, die nicht ausbilden, müssen in Form einer Strafzahlung, die der kollektivvertraglichen Lehrlingsentschädigung eines Lehrlings entspricht, zur Kasse gebeten werden. Pro zehn Beschäftigte muß ein Ausbildungsplatz zur Verfügung stehen. Wir denken: Am Besten wäre es überhaupt, vom jetzigen „Ausbildungs“system Abschied zu nehmen und eine Gesamtschule für alle Jugendlichen bis zum Alter von 19 Jahren mit integrierten Lehrwerkstätten einzurichten.



Jobsituation für Jugendliche:
Es ist zum Schreien!

währleistet und man hätte später viel mehr Möglichkeiten, einen Job zu finden und/oder zu wechseln. Eine entsprechende Stelle zu finden, gestaltet sich ebenfalls oft skurril,

Um dem entgegenzuwirken, wäre es ein Schritt in die richtige Richtung, die Lehrlingsausbildung aus der Hand der Unternehmer zu geben und

JRE-Aktiv!

SchülerInnenAktionsplattform gegen Mochovce

Mochovce - Nein Danke

Mit 15 macht man/frau sich Gedanken über die Zukunft. Dazu gehört auch, ob diese von AKW's, wie Mochovce, verstrahlt wird.

von Sonja Grusch
SOV Wien Nord

Die Fakten: Anfang der 90er war die Atomindustrie in der Krise, daher wurde Osteuropa als neuer Markt entdeckt. Milliardengewinne erhoffen sich Betriebe wie Siemens von der - nebenbei extrem teuren - Atomtechnologie.

Der Widerstand: Anita, Carina und Thomas beginnen Unterschriften gegen Mochovce zu sammeln. Innerhalb weniger Tage haben die SchülerInnen aus der Hegelgasse 12

rund 1000 Unterschriften. Aus anderen Schulen - z.B. der Glasergasse und der Rahlgasse - gibt es Interesse, sich zu beteiligen.

Die rasch organisierte SchülerInnenAktionsplattform gegen Mochovce (SAPM) plant für 12. Juni Aktionen - gegen die Slowakische Regierung, die dieses Wahnsinnsprojekt zuläßt, gegen die österreichische Regierung die zwar scheinheilig gegen Mochovce ist, aber gleichzeitig Atomstrom einkauft und v.a. gegen Siemens, einen Konzern, für den Mochovce ein Milliardengeschäft



Verstrahlte Zukunft?

ist! Unterstützt werden die Aktionen von der SOV und JRE, mitmachen kann und soll jedeR, der/die etwas gegen Mochovce tun will!

Infos unter: 01-524 63 10